

# Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausdrucker monatlich 8.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeitspalte oder deren Raum 250 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 285.

Dienstag, den 6. Dezember 1921.

28. Jahrgang.

## Wirth über Deutschlands Zukunft.

Berlin, 5. Dezember.

In der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes hat am gestrigen Sonntag ein großer Empfang des Vereins der Berliner Presse stattgefunden, zu dem Reichspräsident Ebert, Reichszugler Dr. Wirth, die Minister Hermes, Groener, Ministerpräsident Braun und die Staatspräsidenten von Württemberg und Baden, Dr. Sieber und Dr. Zummel, erschienen waren. Um 6 Uhr versammelten sich die Teilnehmer im großen Sitzungssaal des Reichstages, wo der Vorsitzende Georg Bernhard die Ehrengäste begrüßte. Darauf ergriff Reichszugler Wirth das Wort zu folgenden Ausführungen:

Die Presse im modernen demokratischen Deutschland muß mit Nachdruck in den politischen Kampf gehen, dieser braucht nicht Parteikampf und Parteileidenschaft in der widerlichen und zohen Form zu sein, die wir alle beklagen. Partei soll sein Ausdruck der Ueberzeugung, der Einstellung zum Staat und einer bestimmten Weltanschauung. Nur eine solche hochstehende Presse wird zum Kampfgenossen der Regierung, sei es als Parteigänger, sei es in der Opposition, aber nur eine solche Presse kann zu einem mitleidenden Faktor im Staate werden.

Das Deutsche Reich in seiner jetzigen Not hat gewiß die Zusammenfassung aller produktiven Kräfte zu seiner Rettung notwendig, und es ist dankbar anzuerkennen, daß in der Industrie- und Bankwelt es viele Männer gibt, die die deutsche Not einsehen und zu praktischen Ergebnissen kommen wollen, aber andererseits ist doch auch unverkennbar die Tendenz zu bemerken, diese Zusammenfassung abseits vom Staat zu vollziehen, selbst auf die Gefahr hin, den Staat dabei ausdornen zu lassen. Dieser Gefahr wird vorgebeugt, wenn der Staat gestützt wird durch die geistigen und kulturellen Kräfte, deren man ebensovienig entbehren kann wie Eisen und Kohle. Aber dieser produktiven Kräfte bedürfen wir, wenn wir über die nächsten Monate überhaupt hinwegkommen wollen. Das ist die Aufgabe, die wir uns zunächst in der Reichsregierung wie in den Landesregierungen gestellt haben: wie kommen wir über den Winter hinweg? Sie könnten mir vorhalten: Das ist aber nicht die Politik, die wir erstrebt hatten, die Politik auf lange Sicht. Diese Politik auf lange Sicht, von der Sie wohl glauben, heute ein gewisses Programm hören zu können, ist allerdings nicht allein von uns abhängig, sie ist abhängig von der gesamten Weltlage und von jener Erkenntnis internationaler Art, daß mit politischem Druck, daß mit einem dem anderen folgenden Ultimatum, daß

mit Sanktionen die Weltwirtschaft nicht saniert

werden kann. Die Politik, die ich zunächst die innere nenne, die nicht eingestellt ist auf die Entwicklung von Jahren, kann auch nicht etwa gelöst werden durch einen sich immer wiederholenden Personenwechsel, sie kann auch nicht gelöst werden — ebenso wie die große auswärtige Politik — durch das Listak über die Taktik der Koalitionsbildung. Nein, das Hinwegkommen über den Winter wie über die großen außenpolitischen Probleme erfordert eine verantwortungsvolle Mitarbeit aller Schichten unseres Volkes, und es ist die Aufgabe gerade der deutschen Presse, allen politischen Faktoren gerecht zu werden; insbesondere aber zu beachten, daß das Seitwärts- in die Büsche-schlagen keine Politik ist (Zustimmung.) Wollen wir auswärtige Politik machen, wollen wir insbesondere das größte aller Probleme, das Reparationsproblem, das kein deutsches Problem allein ist, sondern ein Weltwirtschaftsproblem, den Völkern näherbringen und Leistungen auf allen Gebieten vollbringen, so müssen wir in Deutschland

jeden politischen Wirrwarr zu einer Unmöglichkeit machen.

(Beifällige Zustimmung.)

Ich weiß, daß man mit dem oder jenem Politiker nicht zufrieden ist. Ich habe auch immer Verständnis gehabt dafür, daß die Finanzminister insbesondere Attanden ausgelegt sind (Heiterkeit), aber mit diesem persönlichen Kampf allein wird das deutsche Volk nie frei werden und wird auch sein tägliches Brot nicht bekommen. (Sehr richtig.) Wir marschieren die Richtung, die wir seit dem 10. Mai eingeschlagen, für die ich die Verantwortung trage, wir marschieren sie weiter. Dabei ist es ein müßiges Gerede, etwa zu sagen: hier steht der Kanzler der Erfüllung. Will man ein solches Schlagwort in seinem ganzen Unwerte anerkennen, so muß man einmal zur Negation übergehen, und ich frage Sie, wie muß eine Regierung der Nichterfüllung, der Nichtleistung, des reinen Protestes, sich in der Welt bewegen, damit schließlich die Einheit Deutschlands nicht in Gefahr kommt. (Zustimmung.) Das ist doch das große Ziel unserer politischen Arbeit gewesen, das Letzte, was wir aus großer Vergangenheit gerettet haben, die Einheit des Vaterlandes und die Einheit seiner Wirtschaftsführung hinüberzusetzen in eine Atmosphäre, wo nicht mehr der Gedanke einer politischen Auswirkung des Sieges, des Hasses und der Zerwürzung maßgebend ist, sondern wo der politische Haß wie ein Nebel am Morgen zerfliehet ist durch die aufgehende Sonne, wo die Menschen sich zur Beratung über die großen wirtschaftlichen

Probleme und über die Kulturprobleme der Welt sich wieder an dem Konferenztisch versammeln werden. (Beifall.) Diesem Ziel hat unsere mühsame Arbeit gedient und jeden heißen wir willkommen, der dem Ziel der Rettung des deutschen Vaterlandes, seiner Einheit und seiner Wirtschaft mit uns entgegenstrebt. Es wäre reizvoll, gerade in dieser Stunde unsere Blicke zu lenken sowohl über das große Wasser wie über den Kanal hinüber. Die Erörterung großer Probleme ist im Gange. Mit Absicht haben wir eine von weiten Kreisen verlangte Polemik zurückgestellt. Ich verjage es mir deshalb, heute manche Probleme zu berühren, die unsere Herzen bewegen. Große Entscheidungen können an uns herantreten. Wir haben den Weg ehrlicher Verständigung nicht erst seit gestern betreten, wir haben ihn in den letzten Tagen wieder betreten, wir sind willens, auch heute noch die schweren uns auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Regierung hat am 10. Mai bei der Annahme des Ultimatus die wirtschaftlichen Forderungen der Annahme des Ultimatus denen zugefügt, die uns dazu gezwungen haben. Hat jemand in der Welt geglaubt, daß man ein Volk wie das deutsche mit seinen 60 Millionen Menschen isoliert herausheben könnte aus dem vor dem Weltkriege so tief wirtschaftlich und finanziell verflochtenen Nationen, und daß man dieses isolierte Volk dann auspressen könne wie eine Zitrone auf Grund des Friedensvertrages?

Ich weiß nicht, wie unsere Gegner von gestern sich die Fortsetzung der Politik im neuen Jahre denken. Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland

Substanz zur Verfügung zu stellen.

so weit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Abdeckung überhaupt ökonomisch durchführbar ist, in den nächsten Tagen verfahren. Aber die Entscheidung, ob es Geldgeber auf der Welt gibt, die bereit sind, in den großen Topf der Reparationen

— das ist ein Topf ohne Boden —

ihre Geld hineinzustrecken, die Entscheidung darüber liegt nicht bei der deutschen Regierung, auch nicht allein bei der deutschen Industrie und Bankwelt, sondern bei den Geldgebern, die nicht in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Wir müssen deshalb mit Geduld der Entwicklung der kommenden Woche entgegensehen. Ist es nicht möglich, in alle Kreise den Gedanken hinauszutragen, daß gerade jetzt eine gewisse Zurückhaltung nötig wäre? Ob der Erfolg, ob die Möglichkeit für uns gegeben ist, über den Januar und Februar hinwegzukommen, das ist noch nicht das einzige Entscheidende für uns, sondern daß überall, wo man die Wirtschaft zum Gegenstand des Nachdenkens macht, das Aussehen der Osteuropas mit seinen unzähligen Menschenmassen, das Niederkriechen des wirtschaftlichen Lebens in den österreichisch-ungarischen Subjektionsstaaten und der Zerfall des wirtschaftlichen Lebens und insbesondere die wachsende Kaufkraft der 60 Millionen Deutschen als eine Weltgefahr erkannt wird. Diese Erkenntnis und die Notwendigkeit, daraus politische Folgerungen zu ziehen, auch wenn sie mit den harten Buchstaben des Versailler Friedens nicht übereinstimmen sollten, die Notwendigkeit, die Völker einander wieder näher zu bringen, ist im Laufe des Sommers und gerade jetzt gewachsen. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die wirtschaftlichen Probleme fern von jeder Polemik der leitenden Staatsmänner in ihrer wirklich großen Tragweite nun endlich zum Ausdruck kommen zu lassen.

Die größte politische Tatkraft muß jetzt an die baldigste Verabschiedung der Steuererleichterung

gekehrt werden. Gewiß werden dabei auch Kompromisse notwendig sein. Die politische Reize der Pariser gilt es zu bewahren. Ich bin mir klar, daß ohne deutlich sichtbare Opfer des Heiliges eine innerpolitische Klärung und die Verabschiedung dieser Gesetze ein Ding der Unmöglichkeit sein wird. Das wird eine harte Arbeit sein, gerade in den nächsten Tagen. Schließen Sie von rechts und links, aber ein Ziel sollte jeder im Auge behalten, daß nicht das Zusammenbrechen dieser Steuererleichterung dem deutschen Volke nützen kann, sondern der feste klare Wille, unser inneres Budget soweit es den öffentlichen Haushalt und den Haushalt der Betriebsverwaltung umfaßt, in ein solches Gleichgewicht zu bringen, daß niemand in der Welt an unserem guten ersten Willen und unserer Energie, Ordnung zu schaffen, zweifeln kann. (Beifall.) Dieser Arbeit müssen wir unsere besten Kräfte. Wir fehlen nicht für unsere Person und für die heutige Regierung. Es ist falsch, in einem demokratischen Staate immer der Regierung zuzurufen: Regierung, hilf!, statt nach demokratischem Grundprinzip der Regierung zu helfen oder eine solche zu bilden, die solche großen Probleme lösen kann.

Es ist mir eine heutzutage Freude, — und ich darf wohl auch im Namen des Herrn Reichspräsidenten und meiner Kollegen sprechen — in Ihrer Mitte eine Stunde verweilen zu können, und wenn wir von Ihnen scheiden, tun wir es in dem Bewußtsein, mit Ihnen einig zu sein in dem festen Willen, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu retten, und für dieses Ziel alle geistigen und materiellen Kräfte anzuspannen. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

## Wie Kühlmann fiel . . . und Ludendorff den Krieg verlor.

Im Verlag von Duncker u. Humblot erscheint soeben ein 451 Seiten starker Band: „Die Tragödie Deutschlands. Von einem Deutschen.“ Ueber das übliche Niveau der namenlosen Literatur hebt sich dieses Buch durch Anschaulichkeit der geschichtlichen Darstellung und Schärfe der Kritik weit empor. Der ungenannte Verfasser steht der Sozialdemokratie offenbar fern, näher aber, wie es scheint, dem ehemaligen Staatssekretär v. Kühlmann, der im Juli 1918 von Ludendorff gestürzt wurde, weil er im Reichstag gesagt hatte, der Krieg sei mit militärischen Mitteln allein nicht zu beendigen. Was er über dieses Kapitel zu erzählen weiß, sei hier wiedergegeben. Red. d. „L. B.“

Ludendorff war so gebildet vom rein Militärischen (und da unter Ausschaltung der großen strategischen Gesichtspunkte), daß er selbst im Sommer 1918, als seine Offensive schon gescheitert war, den Versuch einer Verständigung mit England hintertrieb. Um diese Zeit war Kühlmann Staatssekretär des Aeußeren. Er hatte in England einen sehr guten Namen. Er war es, der als Botschaftsrat in London trotz der unendlichen Schwierigkeiten der Lage noch 1914 ein glänzendes Abkommen mit England zustande gebracht hatte, das Deutschland eine ihm günstige Lösung der afrikanischen und orientalischen Frage zusicherte und tatsächlich eine den Weltfrieden noch in letzter Stunde garantierende Annäherung Englands an Deutschland erreichte. Die näheren Details dieses Abkommens, das heute geradezu erschütternd wirkt, sind in Rowat, „Der Sturz der Mittelmächte“, S. 150 ff. angegeben. Der große englisch-deutsche Vertrag war am 8. Juli 1914 fertiggestellt. Das Neutralitätsabkommen mit England für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich-Rußland wäre die zwingende Folge dieses Vertrages gewesen, dessen Ratifikation für den 4. August 1914 vereinbart war. Kühlmann hatte sich, als an Stelle dieses großen Friedenswerkes just am 4. August der Krieg entbrannte, zurückgezogen. Sein Wort bei Beginn des Krieges: „Was wir heute versuchen, hat ein Größerer versucht und ist daran gescheitert — Napoleon“ konnte denen, die sich so unendlich groß vorkamen, nicht gefallen. Nun hatte man ihn wieder „ausgegraben“ und sein erster Schritt war . . . England entgegen. Kühlmann wußte ganz genau, daß der Krieg militärisch nicht zu gewinnen war, also wollte er ihn diplomatisch in ein einigermaßen erträgliches Gleis schieben. Aber er scheiterte, weil eben die maßgebenden Leute in Deutschland nicht Verstand oder nicht Mut oder nicht Ehrlichkeit genug hatten, sich und anderen zu sagen: Wer werden, wenn wir nicht einen Verständigungsfrieden schließen, den Krieg katastrophal verlieren.

Man glaubte immer noch an den Sieg oder fühlte sich nicht stark genug, die Konsequenzen seines Nichtglaubens zu ziehen. Es war so ähnlich wie bei Kirchenjosten, wo die höchsten Beamten und Generale in der Fülle ihres Unglaubens dienstlich die Gläubigkeit zur Schau tragen. Kühlmann tat das nicht. Er streckte seine Fühler nach England schon 1917 aus. Im Frühjahr 1918 kam Echo auf seinen Ruf aus England. Auf dem Status quo ante (Stand vor dem Kriege. Red. d. B.) war ein Friede möglich. Ende Juni deutete eine Rede des Generals Smuts in Glasgow auf die Neigung Englands, mit Kühlmann zu verhandeln, ganz leise hin. Kühlmann hielt gleich darauf seine berühmte Rede im Reichstag. Er traute dem Reichstag zuviel zu. Graf Westarp, der Deutschkonservative, stürzte sich alarmierend und mit der Plumpheit eines Bären auf Kühlmann und brüllte:

Wie uns unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird unser Schwert uns den Frieden auch im Westen bringen müssen.

Der Angriff der Aubeutschen zerstörte das feine und ausichtsreiche politische Gewebe Kühlmanns. Man wollte den Frieden auf dem Status quo ante selbst im Juli 1918 nicht. Man wollte der Welt den alldeutschen Frieden diktiertieren!

Kühlmann machte nun große Fehler. Er hätte an seiner Rede nicht selbst in der nächsten Sitzung deuteln sollen, so daß es ausah, als revoliere er. Er wandte sich in letzter Not an den Kaiser, legte ihm durch einen Vertrauensmann den günstigen Verlauf der Geheimverhandlungen mit England vor. Der Kaiser, haltlos wie immer, ließ Kühlmann fallen. Kühlmann ging selbst zum Kaiser, sprach klar und deutlich zu ihm: Weltgeschichtlich sei der Augenblick, wie kein anderer bisher, der Krieg sei verloren, wenn die Jüden zu England nicht zur Brücke würden. Da griff Ludendorff, der sich in Avesnes befand, ein, und zwar von dem Standpunkt aus, den es charakterisiert, wenn in jenen Tagen an der Tafel des Generalquartiermeisters Kühlmann offen und laut als „Hochverräter“ bezeichnet wurde.

„Weil man die Armee nicht halten könne“ (!), entschied Wilhelm II., das heißt Ludendorff, den Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann, entschied Ludendorff den endgültigen Verlust des Krieges.

Auf Kühlmann folgte der ganz unbedeutende, geistlichselbste und in den Augen sehr vieler charlatanartige Admiral von Sinske. In England hatte die Richtung des Knoch-out im Kampf mit Deutschland durch den Rücktritt Kühlmanns die unbestrittene Oberhand bekommen. Und der Knoch-out kam...

Ludendorff hatte vollkommen die Nerven verloren. Sein Einfluß auf die Reichsleitung hatte jede Möglichkeit, den Krieg mit diplomatisch-politischen Mitteln zu beenden, zerstückelt. Noch Mitte Juli 1918 verkannte Ludendorff selbst die militärische Lage so sehr, daß er mit Bestimmtheit erklärte, die Julioffensive werde den Feind endgültig und entscheidend besiegen. Am 14. August, in einer Besprechung im Großen Hauptquartier, erklärte, ohne daß der anwesende Ludendorff widersprochen hätte, der Staatssekretär des Meubern: „Der Chef des Generalstabes hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen der Feinde mächtig zu lähmen.“

Man wollte auf den günstigen Moment, diplomatisch handeln zu können, warten und der Reichskanzler glaubte, daß dieser „nach den nächsten Erfolgen im Westen“ (!) gekommen sein werde. Zu einer Milderung der aufgeschobenen Kriegsziele war die Oberste Heeresleitung am 14. August nicht zu haben. Im Gegenteil, Hindenburg sprach gegen Ende der Besprechung plötzlich wieder die Hoffnung aus, daß es doch noch gelingen werde, „dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen.“

Demzufolge lehnte der Reichskanzler Graf Hertling am 3. September 1918 ein sofortiges Friedensangebot ab.

Am 10. September erklärte sich Hindenburg bereit, die Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Ausschub“ annehmen zu wollen. Dahingehende Versuche scheiterten jetzt natürlich. Vom 21. September an wird der Gedanke, sich an Amerika direkt zu wenden, ventiliert. Am 29. September gehen nach Wien und Konstantinopel Telegramme ab, in denen die Reichsregierung vorschlägt, Präsident Wilson auf Grund seiner 14. und 3. Punkte vom 8. Januar und seiner Leitlinie vom 11. Februar Frieden anzubieten und ihn einzuladen, eine Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand. Hierbei wurde offiziell mitgeteilt, daß unsere militärische Lage schwierig sei.

Diese militärische Lage wurde von jetzt an von der Obersten Heeresleitung für so gefährlich angesehen, daß Ludendorff, der in seinem Willen vollkommen zusammengebrochen war, die Reichsregierung befürchtete, Frieden zu schließen. Er, der jeden Gedanken an Frieden bisher getreten hatte!

## Die Reparation.

Berlin, 6. Dez. (Drahtbericht.)

Esolange über die in London abgehaltene Kreditverhandlungen keine näheren Einzelheiten bekannt sind, ist zweifellos äußerster Vorsicht bei der Betrachtung des Reparationsproblems geboten. Trotz alledem aber ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Kreditkommission der Regierung, die im Auftrag des Reichskanzlers Wirth eingeleitet wurde, und die im Augenblick zu hohen Hohen, einen vorläufigen Erfolg erzielt hat. Es ist heute nicht mehr von der Hand zu weisen, daß die französische Presse ihre Auffassung bezüglich eines Kredites oder eines Moratoriums innerhalb weniger Tage weitgehend geändert hat, und nachdem sie anfangs an ein Moratorium bezw. an die Erstattung von Krediten harte Bedingungen knüpfte, jetzt eine Zurückhaltung übt, die, wenn auch im Interesse Frankreichs gelegen, immerhin dafür spricht, daß man die Angelegenheit nicht mit nichts, die nichts erledigen kann. Auch in Frankreich ist man sich dessen bewußt, daß, wo nichts ist, nichts zu holen ist, und daß diese Logik im Augenblick auf Deutschland zutrifft. Nicht zuletzt wird diese Erkenntnis dazu beigetragen haben, daß auf der in diesen Tagen in Paris stattfindenden Konferenz auch das Reparationsproblem besprochen werden soll. Bevor diese Konferenz zu Ende geführt ist, wird die englische Regierung bezw. die englische Industrie keine endgültigen Beschlüsse fassen, und es ist in diesem Zusammenhang erklärlich, wenn jetzt gemeldet wird, daß die Verhandlungen ins Stocken geraten sind. In Wirklichkeit scheint man zu einem vorläufigen Abschluß gelangt zu sein, und dieser Abschluß gibt maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin, die über den Gang der Verhandlungen unterrichtet sein müssen, aber die Vertraulichkeit wahren, zu einem gewissen Optimismus Berechtigung. Wie sich die Dinge weiter gestalten werden, muß abgewartet werden. Es ist Willkür der Reichsregierung, diese Materie bis zu neuen Verhandlungen zu entscheidenem Handeln zu benutzen und der Welt zu zeigen, daß es Deutschland tatsächlich mit seinem Erfüllungswillen ernst ist. Nach Ansicht der Meinung der neutralen Welt zugunsten Deutschlands, nach in die Verschärfung der Situation, die man durch die Rolle der Reparationskommission erwartet, nicht eingetreten; denn der Inhalt des bereits angeforderten und inzwischen eingetragenen Schreibens der Reparationskommission stimmt mit verschiedenen Schreiben dieser Kommission überein, jedoch man anfangs, als die Rolle aus französischen Kreisen von der deutschen Presse übernommen wurde und offiziell der Regierung noch nicht bekannt war, in Berlin in der Vermutung lebte, daß es sich tatsächlich um ein altes Schreiben der alliierten Kommission handelte. Sollen wir die uns gepredigte Gnadenfrist — denn hierum handelt es sich —, soweit die nächsten Tage in Frage kommen, ohne Maßnahmen für die Erfüllung vorzuziehen lassen? Die deutsche Arbeiterklasse kann hierzu nie ein Einverständnis geben, und gerade, weil sie überzeugt ist, daß es nur die Weiterführung des Experiments Erfüllungswillens retten kann, gerade deshalb muß sie heute nochmals mit Nachdruck Latein, und nur Latein von der Regierung verlangen.

Am Mittwoch tritt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Berlin zusammen, um über die augenblickliche Situation zu beraten. Der Fraktionsvorsitzende wie die Partei werden der Regierung gegenüber keinen Zweifel darüber lassen dürfen, daß wir jetzt ganze Arbeit verlangen und endlich Steuermaßnahmen sehen wollen, die dem Deutschen Reich den letzten Respekt im Auslande bewahren. Der Reichskanzler hat den besten Willen, Tatsachen zu beweisen, und er hat ein entsprechendes Bekenntnis erst in seiner letzten Rede am Sonntag im Reichstage abgelegt. Aber auch der Kanzler hat Schwierigkeiten zu überwinden, die in der Hauptfrage im Reichsfinanzministerium liegen, und die noch unsere Informationen von dem zeitweiligen Leiter der

Finanzpolitik Hermes heraufbeschworen wurden. Es ist in engeren politischen Kreisen kein Geheimnis mehr, daß Wirth auf Grund dessen schon mit Hermes Fraktur geredet hat. Auch im Kabinett selbst hat Wirth durch einen entschiedenen Willensakt seine Auffassung über die Sabotage durch das Finanzministerium zu erkennen gegeben. Allein diese Tatsachen lassen es notwendig erscheinen, daß der Reichstag bald zu Worte kommt. Die Steueraussschüsse müssen ihre Arbeit bald beenden, und dann muß der Reichstag darüber entscheiden, ob er gewillt ist, sich bei entscheidenden Maßnahmen hinter das Kabinett Wirth zu stellen, oder ob seine Mehrheit die Verantwortung für eine Katastrophopolitik, für die Befestigung des Ruhrgebietes, für eine verschärfte Finanzkontrolle usw. übernehmen will. Nicht allein die Regierung, sondern auch der Reichstag haben viel veräumt, und das nachzuholen ist nationale Pflicht. Der Kernpunkt des zu lösenden Problems ist die Frage, soll der Besitz genügend herangezogen werden, oder will sich das deutsche Volk weiter die Steuerhinterziehung der besitzenden Kreise und die Sabotage der Vertreter bei Beratung der neuen Steuern gefallen lassen? Verfügt der freie Wille, dann ist Zwang notwendig: Zwang, der die Regierung wenigstens vorläufig in die Lage versetzt, die Industrie zur Herausgabe der Devisen zu veranlassen, bezw. die Sachwerte, zur Deckung eventl. Kredit in Anspruch zu nehmen.

Die Reichsregierung hat zu dem neuen Schreiben der Reparationskommission noch keine Stellung genommen und hat auch noch keinen Antrag auf ein Moratorium bei den Entente-Mächten gestellt. Das Kabinett wird zunächst die Rückkehr Rathenaus abwarten und dann zu dem kritischen Problem endgültig Stellung nehmen. Rathenau ist inzwischen von London abgereist, um die Regierung von dem bisherigen Verlauf seiner Verhandlungen zu unterrichten. — Auch die am Montag abgehaltene Kabinettsitzung nahm zu dem Reparationsproblem keine Stellung.

Am Dienstag vormittag 11 Uhr tritt in der Reichstagskammer der interfraktionelle Ausschuß der Koalitionsparteien zusammen. Zweck dieser Beratung ist die Besprechung der politischen Lage bezw. der Finanzreformen des Reichskabinetts.

## Rathenaus Rückkehr und die deutsch-englischen Verhandlungen.

Frankfurt a. M., 6. Dezember.

Wie die „Frankf. Nachr.“ von unterrichteter Seite erfahren, trifft Rathenau heute (Dienstag) nachmittags in Berlin wieder ein, um dem Kabinett über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in London Bericht zu erstatten. — Die Beratungen werden inzwischen von deutscher Seite von den über Paris nach London gereisten Bankiers Weinberg und Mendelssohn weiter geführt. Die Londoner Verhandlungen sind nunmehr in ein offizielles Stadium getreten, da die deutschen und englischen Vertreter im Auftrag ihrer Regierungen mit einander verhandeln. Sofort nach der Rückkehr Rathenaus soll das Kabinett darüber entscheiden, ob die deutsche Regierung bei der Reparationskommission für die Erlangung eines Zahlungsausschubs Schritte unternehmen soll. —

## Selbstverwaltung in Deutsch-Süd-West-Afrika.

London, 8. Dezember.

Die deutschen Vertreter des ehemaligen Deutsch-Süd-West-Afrika haben in Pretoria darauf gedrängt, Deutsch-Süd-West-Afrika ein eigenes Vollkommengesetz zu geben. General Smuts erklärte keine Sympathie zu den Forderungen der Deutschen nach einem vollen Bürgerrecht.

## Der Dollar steigt.

Berlin, 5. Dezember.

Im Hinblick auf den großen Devisenbedarf der Regierung und auf die erneute Steigerung des Notenumlaufes der Reichsbank um weiter 4,7 Milliarden Mark, zeigte heute der Berliner Devisenmarkt eine sehr feste Tendenz. Der Dollar legte etwa mit 220 ein und erhöhte sich auf starke Nachfrage ganz beträchtlich. Es notierten: Kabe-New-York 236, England 937 und Holland 8100. Im Zusammenhang mit der Erholung des Devisenmarktes zeigte auch die Wertpapierbörse wesentlich erhöhte Kurse.

## Für Freigabe der Dieselmotore.

Die internationalen Kontrollkommission hat in einer Note den Bau von drei Arten für Friedenszwecke bestimmte Dieselmotoren verboten. Mit Recht hat sich der Leipziger Betriebsrat gegen die Metallarbeiter gegen dieses Verbot gewandt. Die Resolution, die dort gefaßt wurde, antwortet keineswegs nationalistischen Motiven, wie sie gern von der Auslandspresse solchen Schritten untergeschoben werden. Die Arbeiterklasse hat vielmehr auch in Bezug auf den Ausbruch gebracht, daß sie sich ihrer Pflicht, für den internationalen Frieden zu wirken, voll und ganz bewußt ist. Aber es ist das Recht der Notwehr, wenn sie sich gegen die Vernichtung großer Produktionsmöglichkeiten durch willkürliche Eingriffe der Entente verteidigt. Im Falle der Dieselmotoren liegt die Sache besonders deshalb sehr eigenartig, weil die Entente schon früher der Versuch gemacht hat, diese schnell laufenden Motoren der deutschen Wirtschaft zu entziehen. Es ist noch in allgemeiner Erinnerung, wie man seinerzeit verhindern wollte, daß die aus den U-Booten ausgebauten Dieselmotore der Friedensfabrikation nutzbar gemacht werden sollten. Demals hat die deutsche Diplomatie die Bedenken des Gegners entkräftigt und die Erlaubnis dazu erwirkt, daß man diese Dieselmotoren friedensmäßig verwenden konnte. Umso merkwürdiger ist es, wenn jetzt die Entente den Bau neuer Dieselmotoren verhindern will. Deutschland hat sich in der Fabrikation dieser, selbst von den englischen Privatfirmen gefaßte Maschinen am internationalen Markt eine gute Stellung erworben. Dieselmotore fanden Verwendung nicht nur in elektrischer Zentralen, wo sie besonders zum Ausgleich des Stromes gebraucht wurden, sondern auch als Schiffspropeller und als Antriebmaschinen erweisen sie sich großer Beliebtheit und zwar besonders deswegen, weil sie der Schifffahrt durch ihr geringes Gewicht, ferner durch die Verhinderung des für die Heiz-

stoffe benötigten Fraßraumes eine wesentliche Kraftersparnis brachten.

Schließlich hat sich die Technik weiter entwickelt, so daß man jetzt vor der Lösung des Problems der Motoren-Lokomotive steht. Es liegt auf der Hand, daß die Entwicklung dieses noch außerordentlich jungen Produktionszweiges geradezu vernichtenden Einflüssen ausgesetzt ist, wenn man sie durch Produktionsverbote einzelner Typen oder durch irgend welche Beschränkungen in der Fabrikation hemmt und einengt. Die Arbeiterschaft kann dem nicht gleichgültig zusehen. Deutschlands Industrie ist auf den Auslandsmarkt angewiesen; man muß also solche Produktionszweige fördern, die große Absatzmöglichkeiten bieten. Das liegt auch im Interesse der Entente, wenn sie die Zahlungskraft Deutschlands nicht vernichten will und überhaupt ernsthaft an der Bezahlung der Reparationslasten interessiert sein will. Deshalb ist es, ebenso wie seinerzeit bei den Deutschen Werken, Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, gegen diese willkürliche Vergewaltigung der Produktion, die Tausenden von Arbeitern die Arbeitsstätte entziehen würde, vor aller Welt schärfsten Einspruch zu erheben.

## Kommunistischer Zusammenbruch in Mitteldeutschland.

Stadtverordneten- und Kreisstadtwahlen in Anhalt. Dessau, 5. Dezember.

Die gestrigen Stadtverordneten- und Kreisstadtwahlen in Anhalt hatten folgendes Ergebnis: Stadt Dessau Kommunisten 2 Sitze, Sozialdemokraten 13, Volkspartei 6, Hausbesitzer 4, Unabhängige 2, Demokraten 5, Deutschnationale 4, zusammen 19 bürgerliche und 17 sozialistische, bisher 18 bürgerliche und 18 sozialistische. Kreis Dessau: Sozialdemokraten 8, Landbund 2, Volkspartei 3, Unabhängige 1, Demokraten 3, Kommunisten 1, Deutschnationale 2. Stadt Bernburg: Sozialdemokraten 11, Kommunisten 4, Vereinigte bürgerliche Liste 14, Deutsch-Soziale 1. Kreis Bernburg: Sozialdemokraten 8, Kommunisten 3, Unabhängige 1, Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 8. Stadt Köthen: Sozialdemokraten 11 Sitze, Unabhängige 0, Bürgerliche Vereinigung 10, Hochschullehrer 3, Kommunisten 0. Kreis Köthen: Sozialdemokraten 9, Bürgerliche Parteien 7, Unabhängige und Kommunisten 0 Sitze. Stadt Zerbst: Sozialdemokraten 9, Unabhängige 1, Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 12, Kommunisten 2. Kreis Zerbst: Sozialdemokraten 6, Bürgerliche Parteien 9, Unabhängige 1. Stadt Ballenstedt: Sozialdemokraten 6, Wirtsch. Vereinigung 12. Kreis Ballenstedt: Sozialdemokraten 5, Kreis-Arbeitsgemeinschaft 6, Unabhängige 1, Stadt Roslau: Sozialdemokraten 11, Unabhängige 3, Bürgerblock 6.

## Die U. G. D. immer noch für Diktatur.

Der unabhängige Bezirksverband Berlin-Brandenburg nahm am Sonntag in einer Generalversammlung Stellung zu dem kommenden Parteitag der U. G. D. U. a. wurde eine Resolution angenommen, in der bekannte unabhängige Forderungen aufgestellt werden, und in der es u. a. heißt:

„Die Generalversammlung des Bezirkes Berlin-Brandenburg erachtet den Parteitag, der Reichstagsfraktion und der Parteileitung sein Vertrauen auszusprechen. Die Stellungnahme der Partei betreffs Koalitionsregierung, Wiederherstellung der U. G. D. entspricht der Auffassung des Parteitag. Der Parteitag bekennt sich erneut zur Diktatur des Proletariats und zum Klassenkampf als einzige Möglichkeit zur Befreiung der Arbeiterklasse. Daraus folgt, daß die bisherige Haltung zur Frage der Regierungsbildung und Steuererhebung beibehalten werden muß. Die U. G. D. kann nur dann als Regierung unterstehen, wenn dadurch Schäden für die Arbeiterklasse abgemindert wird usw. ...“

Sollte eine politische Situation eintreten, die Veränderung der Stellungnahme erfordern könnte, muß durch den Parteivorstand eine zu diesem Zweck gewählte Reichskonferenz einberufen werden. Der Beschluß dieser Konferenz ist bis zum nächsten Parteitag bindend.“

Dieses Bekenntnis zur Diktatur, das die Unabhängigen so oft verweigert haben, bedeutet ein Sieg der Richtung Lenin-Crispien, innerhalb der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Nach dem Ergebnis der Abstimmung (gegen vier Stimmen Annahme der Resolution) ist kaum damit zu rechnen, daß sich auf dem unabhängigen Parteitag eine nennenswerte Opposition frei machen wird.

## Kapitalistische Vaterlandsliebe.

Die Tatsache, daß die Industriellen des an Polen fallenden ober-schlesischen Gebietes sich heftig haben, den politischen Machthabern ihre Dienste anzubieten, während sie den deutschen Besatzmächten ihre Sachkunde verkaufen, ist hier schon besprochen worden. Die Breslauer „Vollmacht“ ist in der Lage, die kapitalistische Vaterlandsliebe an einem Spezialfall noch deutlicher zu kennzeichnen. Sie schreibt:

„Die Aktiendeckung U. G. D. besitzt in Oberschlesien drei große Werke, von denen noch Genier Entscheidung zwei auf polnischen Gebiet fallen, dagegen die Kruppwerke deutsch bleiben. Mithin ist dieser Tatsache ist der Generaldirektor der Firma, Dr. Geldermann (Berlin), nur wenigen Tagen in Warschau gewesen und hat dahin gemerkt, daß die polnische Regierung alles unternimmt, um die Kruppwerke aus angeblich wirtschaftlichen Gründen für Polen zu sichern. Selbstverständlich war dieses Angebot von der deutschen Industrie ein außerordentliches Angebot für Polen und die polnische Regierung hat sofort die notwendigen Schritte in die Wege geleitet, Beauftragte — deren Namen wir gegebenenfalls nennen können — nach Berlin geschickt, um dort nicht an offizieller Stelle, sondern hinter den Kulissen die Regelung der Angelegenheit zugunsten Polens anzustreben. Inwieweit ihnen dieses gelungen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.“

Es ist Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit, bezügliche von deutscher Seite angezeigte Treibereien festzustellen und unsere Unterhändler so auf eventuelle Ueberrumpelungen von polnischer Seite aufmerksam zu machen. Zweifelslos ist Gefahr im Verzuge, denn die deutsche Industrie in Oberschlesien, die vorerstern ausschließlich noch deutsch war, hat plötzlich aus Geldsackinteressen ihr polnisches Herz entdeckt. Die Regierung muß auf der Hut sein und Vorkehrungen treffen, um neue Schicksalsfälle, die uns drohen, abzuwenden.“

## Deutschnationale Wählerarbeit in Bayern.

München, 4. Dezember.

In Bayern, das sich in den letzten Wochen mit einer wohlwollenden Zurückhaltung in den Gesamtfragen des mit seiner wirtschaftlichen Grundpfeiler ringenden deutschen Volkes eingefügt hatte, drängt sich die nach dem Süden verpflanzte preußische

deutsch-nationale politische Agoganz und Ignoranz wieder an die Oberfläche. Die Sucht, Röm zu schlagen und die eigene politische Bedeutungslösung durch Androhung von "Noten" und "Protesten" zu vermindern, steht so tief in den Köpfen dieser Kadaver-Politiker, daß kaum eine Schonzeit von 4 Wochen vergeht, ohne daß sie nicht ihren Presse-Apparat wieder für das Geschrei über Verarmung heiligster Rechte durch die verhasste Reichsverordnung in Alarmbereitschaft setzen. Tausend für die Mentalität und den wahren Urgrund dieser künstlichen hayerischen Separatistischen Bewegung ist, daß der Hauptmacher des Reichsgerichts "Heer Berlin" der preussische Gesandte in München, Ministerialrat Schellen, ist, der noch Bresemeldungen als der wahre Urheber der benutzenden Wiederbelebung der Deutsch-nationalen in die hayerische Regierung anzusehen ist.

# Lübecker Bürgerschaft.

Als ältestes Mitglied der Bürgerschaft eröffnet Wegner-Dummersdorf (Soz.) die Sitzung. Der Alterspräsident erwiderte alle Bürgerschaftsmitglieder, ihr Bestes für das Wohl der Vaterstadt einzusetzen.

Hierauf folgte die Wahl des 1. Wortführers der Bürgerschaft. Gemählt wird Gustav Ehlers mit 78 Stimmen (sämtliche im Saale anwesenden Mitglieder stimmten für Ehlers.) Der neugewählte Wortführer dankt für die Wahl und vertritt unparteiliche Geschäftsführung. — Pape (Bürgerbund) erklärt, Bürgerbund und Grundeigentümer hätten sich zu einer parteilosen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Sie stellen 10 Mitglieder und beanspruchen den 2. Wortführerposten. Vorgelegten wird Pastor Jepsen. Gemählt als 1. Stellvertreter des Wortführers wird Hermann Eichenburg (Dem.) mit 68 Stimmen. 8 Zettel waren unbeschrieben, einer unglücklich. — Zum 2. Stellvertreter des Wortführers wird Dr. v. Broden (DR.) mit 59 Stimmen gewählt. Auf Pastor Jepsen entfallen 9 Stimmen und 9 Zettel sind unbeschrieben.

Die Wahl zum Bürgerausschuss zeitigt dieses Ergebnis: Sozialdemokraten: Alfred Dräger, Wolf Köwig, Dr. Julius Leber, Hans Hagelstein, Walter Raschow, Richard Göhr, Georg Reibberger, Dr. Wilhelm Piech, Heinrich Puls, Dr. Oscar Haun, Ernst Heuer, Luise Jauchitz, Demokraten: Julius Klein, Heinrich Scholdt, Deutsche Volkspartei: Dr. Hermann Gebhard, Heinrich Gohle, Pastor Josef Staßschmidt, Deutsch-nationale: Friedrich Gent, Marie Kolke, Kommunisten: Karl Koss, Lina Greza, Bürgerbund: August Pape, Alfred Dinter, August Reßlein.

In den Haushaltsauswahlen wurden gewählt Haut, Kleinfeldt, Dr. Leber, Dr. Haun, Junge, Heinemeyer, Heilborn und Reimpeit, in den Eingabenauswahlen Bruns, Steinberg, Schulz, Müller, Hestli, Klann, Dr. v. Broden, Gohle und Scholdt und in den Wahlaustrich Thode, Kraal jr., Haut, Wolftradt, Radben, Passarge, Knapp, Dietrich, Heintz und Soie. — Die Kommission zur Untersuchung der Bierdeckel-Affäre wurde auf Antrag der Kommission auf 9 Mitglieder verstärkt.

Haut (Soz.) macht den Vorschlag, in den Haushaltsauswahlen und den Auswahlen für Eingaben je 9 Mitglieder zu ernennen. Die Ausschüsse werden sich zusammensetzen aus vier Sozialdemokraten und je einem Mitglied der übrigen Fraktionen, wobei die Arbeitsgemeinschaft des Bürgerbundes und der Grundeigentümer als eine Fraktion gelten. Die 7-köpfigen Ausschüsse setzen sich aus 2 Sozialdemokraten und je einem Vertreter der übrigen Parteien zusammen. Es soll ferner ein Vorkontrollauschuss aus allen Fraktionen gebildet werden, der das Recht haben soll, die Mitglieder der 5- oder 7-köpfigen Ausschüsse zu benennen. Die Fraktionen sind damit einverstanden. — Die Wahlen der übrigen Ausschüsse werden nach Vereinbarung vorgenommen.

geordnete Schaffer der hayerischen Volkspartei ging in einer Volksversammlung in München sogar so weit, der Regierung eine Note nach Berlin voll Unverschämlichkeiten anzubringen, deren Existenz in der Staatszeitung kurz und bündig demontiert wurde.

So nimmt es nicht wunder, daß Bauernbund und Demokraten an der in deutsch-nationalem Fahrwasser legenden hayerischen Volkspartei ihre werden und sich mit dem Gedanken eines Austritts aus der durch die "Hayerische Mittelpartei" erweiterten Koalition tragen. Die Widerstände innerhalb der Demokraten sind zwar so groß, daß mit einer Abkühlung der fränkischen und eines Teiles der Münchener Demokraten gerechnet wird, wenn es zu einem Eintritt der Deutsch-nationalen in die Regierung kommen sollte.

Die hayerische Sozialdemokratie bleibt von allen diesen Machenschaften unberührt. Haben doch sogar die Demokraten die Unterzeichnung einer beschämten Zusammenkunft mit dem Sozialdemokraten noster Entzifferung zu sich gewiesen. Der "Trennungsschritt" zwischen Bürgerbund und Arbeiterpartei besteht tatsächlich im ganzen Reich nicht so schroff wie gerade in Bayern. Ob das ein Anzeichen für die sozialistische Bewegung in Bayern ist? Wir glauben nicht. Je mächtloser die Herren jenseits des Trennungsschrittes der Trennung, desto mehr werden die Sozialdemokraten als Kolosse des Reiches angesehen werden, desto kräftiger wird der kommende Anschlag des Volkswillens über den Trennungsschritt herüber mitleiden. Aber warnen können wir trotzdem alle diejenigen, die im guten Glauben und in ordentlichem Bauerns Vertrauen dem Wohl des deutschen Volkes untergeordnet beabsichtigen; vor der Prüßerei deutsch-nationaler Maulwürfe im Bilanzgarten der Reaktion.

wendig, nicht aber die Zuschüsse für Fabrikanten. Der Senat möge eine Vorlage einbringen, wonach die Spülaborte eingeweiht werden müssen. Dem kleinen Mann müsse selbstverständlich abgesehen werden. Auch dem Konsumverein gehöre ein Zuschuß. Was den kleinen Leuten hier gegeben werde, sei nur ein Teil dessen, was der Kapitalismus ihnen geraubt habe. — Der Senatsantrag wird unbeschrieben angenommen.

1. Antrag: Erhöhung des Feuerungsbeitrages zur Gistare. — Wird angenommen.

2. Antrag: Erhöhung der Gebühren bei den Schlachthöfen. — Frant (K.) fordert Ablehnung der Vorlage. Das Fleisch würde dadurch wieder auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung am Orte verteuert. Anders verhalte es sich freilich für Schlachtungen, dessen Fleisch nach auswärts geht. — Senator Straß: Die Schlachtungen für auswärts sind nur beschränkt, solche für die Schweiz kommen gar nicht in Frage. Die Lage ist hier noch am düstersten. — Heintz (DR.) fordert Freigabe der Hausfleischungen für die Vorstadtbevölkerung. — Senator Straß: Es werden Erhebungen angestellt, ob dem Wünsche stattgegeben werden kann. (Zuruf: Dann sind die Schlachtungen vorbei!) — Der Senatsantrag wird angenommen.

3. Antrag: Erweiterung der betrieblichen Einrichtungen des Elektrizitätswerkes. — Dr. Neumark (Dem.) beantragt Ausschussberatung. Die Ausgabe von 1 Millionen müsse sehr sorgfältig geprüft werden. Wir hätten uns nicht mit der Ueberlandzentrale verbeiraten, um jetzt trotzdem so große Ausgaben zu machen. Notwendig sei eine bessere Beleuchtung der Straße von Rüditz nach Herrenwieß. — Senator Straß erklärt, die vom Vorredner geforderte bessere Beleuchtung sei Gegenstand der Prüfung. — Rosenquitt (Arbg.) fordert im Interesse des Kleinhandels möglichst schnell Erledigung des Senatsantrages. — Jepsen (Arbg.) unterstützt den Antrag Dr. Neumarks. — Der Antrag auf Ueberweisung an einen Ausschuss wird angenommen. Angenommen wird auch das Ersuchen Neumarks über bessere Beleuchtung der Straße von Herrenwieß nach Rüditz.

4. Antrag: Aufhebung des in Travemünde für elektrischen Kraftstrom zu zahlenden Zuschlages. — Hagelstein (Soz.) hält die höheren Tarife für Gas und Elektrizität für ungerecht und beantragt Ueberweisung an eine 7-köpfige Kommission. — Niekel (K.) stimmt dem Antrag auf Herabsetzung der Preise nur für Kleinhandwerker und Gewerbetreibende zu. Hotels könnten höhere Preise bezahlen. — Kommissionsberatung wird beschlossen.

5. Antrag: Ueberweitung der Forderung und Hedung der Beiträge zur Stadtwasserleitung. — Riechert (Soz.) fordert bessere Trinkwasserbedingungen für Vorwerk. Eine Kommission habe selbst festgestellt, daß die Klagen zum Teil berechtigt seien. Defektliche Brunnen könnten aber nicht errichtet werden. Redner stellt ein Ersuchen, baldmöglichst 4 oder 5 Pumpen anzulegen. — Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso das Ersuchen Riecherts.

6. Antrag: Schaffung und anderweitige Eingliederung von Beamtenstellen beim Arbeits- und Wohlfahrtsamt. — Dr. Piech (Soz.) lehnt im Namen seiner Fraktion die Vorlage ab, da sie aus dem Rahmen der zu erwartenden großen Beamtensvorlage herausfalle. Die Einzelvorlagen müßten endlich verschwunden. Die Angelegenheit der beiden Kletter sei empört, daß mit Drohungen vom Zusammenbruch der Verwaltung gearbeitet werde. Es liege nicht nur im Staatsinteresse, daß mit den Einzelvorlagen Sankt gemacht werde, sondern auch die soziale Frage spiele mit. Man könne es nicht länger verantworten, daß Beamte aus dem Besoldungsplan herausfallen, die bereits ein Menschenalter im Staatsdienst tätig sind. Ein Herausgreifen dieser Einzelvorlage bringe nur wieder eine Verzögerung der Gesamtvorlage. Der Redner stellt ein Ersuchen, das die beschleunigte Einbringung der letzteren fordere. — Senator Bromme: Es handelt sich hier nicht um eine Vorzugsbehandlung der Beamten einer einzelnen Behörde. Unter den heutigen Verhältnissen laufen uns die Beamten davon und gefährden die Geschäftsführung des Arbeitsamtes. — Gohle (DR.) glaubt, der Antrag habe noch Zeit bis zur Erledigung der Gesamtvorlage und beantragt Ausschussberatung. — Dinter (Arbg.) ist der Ansicht, daß bei anderen Behörden noch viel mehr Angestellte lange Jahre warten. Eine Reform der Geschäftsführung des Arbeitsamtes sei unbedingt notwendig. 75 Prozent der Klagen drehen sich um kleinere Streitigkeiten. — Senator Hoff erklärt, der Wechsel unter den Angestellten führe zu unheilbaren Zuständen. Ein Stamm von Angestellten sei unbedingt notwendig. Wollte man die Klagen beseitigen, dann müßte etwas getan werden. Unter dem großen Angestelltenkreis handle es sich doch nur um wenige Posten. — Jepsen (Arbg.) ist für Ablehnung der Vorlage. Wenn einmal die Zwangsmaßnahme aufhöre, müßte man die Beamten behalten. — Niekel (K.): Wir lehnen die Vorlage ab, damit der Senat endlich allen Beamten durch eine Gesamtvorlage zum Recht verhilft. Notwendiger als die Aufhebung des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes ist die Aufhebung der Pfarämter. Der Senat hat dafür zu sorgen, daß die Hindenburg- und Kaiserbilder aus amtlichen Gebäuden verschwinden. — Wortführer: Ein entsprechendes Ersuchen liegt von anderer Seite bereits vor. — Haut (Soz.) hebt hervor, daß sich die Angestellten nicht so behandeln fühlen, wie es notwendig sei. Uebrigens hätten auch die Beamtenstellen keine sichere Gewähr für die Festlegung an den Staatsdienst. Die Sozialdemokraten wollten dem Arbeits- und Wohlfahrtsamt die notwendigen Beamten gar nicht vorkommen lassen, aber es müßte sich nach einer kurzen Zeit gebildet. Der Redner verweist auf die Tätigkeit des Ausschusses für die Vereinfachung der Verwaltung, der einige Beamtenstellen abgelehnt habe, die jetzt gefordert würden. Der Senat habe gegenteilig beschlossen, es aber nicht für notwendig gehalten, den Ausschuss davon zu unterrichten. Gewiß sei, daß das Arbeits- und Wohlfahrtsamt noch ausgebaut werden müsse. — Wolftradt (Soz.) verweist auf Unkämmtigkeiten im

der neuen Landgemeindevorlage. Das Stadt- und Landamt habe verfehlt, ihr einen anderen Sinn unterzulegen. Um dies zu verhindern, müsse ein Nachtrag geschaffen werden. Redner beantragt eine Änderung der § 12 und 16 des Gesetzes, sowie des § 30 der Auslegungsvorschriften. Ferner beantragt Wolftradt, auch dem Stadt- und Landamt bürgerliche Mitglieder beizugeben, damit es zu einer wirklichen Behörde ausgestaltet wird. — Rosenquitt (Arbg.) erwidert, daß der übliche Vertreter in Berlin tarntätiger für die Kreisbehörden eintritt. — Direktor Dr. Lint: Von Uebel aus ist alles in dieser Hinsicht gezeichnet. Bis zum 1. April n. J. ist das Amanentennungsamt erledigt. Das Arbeitsgebiet des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes ist in letzter Zeit bedeutend gewachsen. Der Wechsel im Angestelltenkörper war im vorangehenden Jahre ganz gewaltig, was nicht im Interesse des Wohlfahrtsamtes liegt. — Neufeld lehnt im Namen der Demokratischen Fraktion die Vorlage ab, um den Senat zur Herausgabe einer endgültigen Regelung zu zwingen. — Dr. Piech (Soz.) betont, es liege nicht in seiner Absicht, behändere Beamtensgruppen herauszutreiben. Die Stimmung im Beamtentum sei heute entgegengesetzter als im Mai. Es liege nicht im Interesse allein, daß die neu zu schaffenden Beamtensstellen gegeneinander abgewogen wurden, sondern auch im Staatsinteresse. — Hestli (Arbg.) wendet sich gegen den Vorwurf des Mietwuchers. Das Mietnennungsamt habe die Mieter und Vermieter erst feindlich gegeneinander gemacht. Das Einigungsamt sehe sich über das Recht des Hausbesitzers hinweg. Für rentierte Mieter müsse eine besondere Kolonie geschaffen werden. Das Personal des Einigungsamtes solle sich nur aus Mietern zusammen und verweise die Mieter schon vorher auf den Mieterbeschuß. — Dietrich (Arbg.) spricht gegen die Vorlage und fordert von den Angestellten mehr Rücksicht auf das Publikum. — Dr. Lint nimmt das Einigungsamt in Schutz. Die Zunahme der Verhältnisse beruhe auf der großen Wohnungsnot. Der Vorwurf einseitiger Rechtsentscheidung des Mietnennungsamtes sei ungerecht. — Haut (Soz.) wendet sich insbesondere gegen Dinter und Hestli, die ihre Haus- und Grundbesitzerherzen nicht gegen genug loswerden können. Uebrigens wäre es auch annehmbar, für rentierte Hausbesitzer eine Sonderkolonie zu errichten. Er brauche die Namen derjenigen nicht erst zu nennen, für die eine solche Kolonie passend sei. — Ambrorius (Dem.) beantragt Schluss der Beratung. Der Antrag wird angenommen. Der Senatsantrag einstimmig abgelehnt. Das Ersuchen Dr. Piechs, eine Gesamtvorlage der neu zu schaffenden notwendigen Beamtenstellen einzubringen, wird angenommen. Auch das Ersuchen Wolftrads wird angenommen.

10. Antrag: Dringlicher Antrag auf Erlass eines 6. Nachtrages zum Lübecker Gewerbeaufsichtsgesetz wird angenommen. Angenommen wird ein Ersuchen Reichbergers (Soz.) auf die nächste Tagesordnung zu setzen, daß vom 1. Januar 1922 ab die Beaufsichtigung im Alkohl-Krankenhaus auf 3 Tage in der Woche ausgedehnt wird. Der folgende Antrag von Dr. Leber (Soz.) wird ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftssitzung gestellt.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Alle in öffentlichen Gebäuden noch vorhandenen Bilder von Angehörigen ehemals regierender Häuser, sowie alle sonstigen monarchistischen Bilder, Abzeichen, Plakate, Anschläge usw. sind bis zum 15. Januar 1922 zu entfernen. (Anschließend kommen hier alle staatlichen und vom Staat unterstützten Schulen, auch Gerichtsgebäude usw. in Frage.)
2. Der Senat hat bis spätestens 1. März der Bürgerschaft Vorschläge zu machen für die Einführung von Lehrbüchern, die geeignet sind, die Jugend in republikanischem Geiste zu erziehen. (Für Volks- und höhere Schulen.)
3. Der Senat erwidert sofort Makrele, um die an den höheren Schulen überhandnehmende nationalistische und antisemitische Verheerung rücksichtslos zu unterdrücken. Er teilt seine dahinaufgehenden Bestrebungen der Bürgerschaft umgehend mit, die sich Stellungnahme dazu vorbehält.

Schluss 10 Uhr.

# Volkswirtschaft.

Wieder Zeitungsannoncen in Sowjetrußland!

Auch in dieser Hinsicht vollzieht sich ein Umchwung in Sowjetrußland. Während bisher das Annoncenwesen als "bürgerliche Institution" vom Staate unterdrückt wurde, prangt heute an der Spitze der offiziellen "Sowjet" die Bekanntmachung: "Annoncen werden angenommen von Staatsbehörden, Genossenschaften, Handels- und Industrieunternehmungen, sowie von Privatpersonen." Eine Kompartelle-Zeile kostet 50.000 Rubel; für Stellenanzeigen wird ein Rabatt von 40 % gewährt, für Theater kostet die Kompartelle-Zeile 35.000 Rubel. Die Sonntagsnummer der "Sowjet" vom 26. November enthält auch schon eine ganze Seite Annoncen: vom Vorstand der Staatsbank, Staatsfabriken und staatlichen Verkaufsstellen. Die "Anbeitskonsumgenossenschaft" bietet Waren "unter Marktpreis" an. Auch finden sich viele Auktionsanzeigen und eine lange Reihe von Anzeigen verschiedener Restaurants und Cafehäuser. Eine charakteristische Privatannonce: "Mittliches Buch, 'Selbstverleger', Preis 25.000 Rubel." Den Reigen beschließen Angebote von "ausländischen Barfüßern" und sogar von "Stimmbeln" unter Angabe der Adressen der Geschäfte. Man kehrt für Geld bekommt man in Moskau auch heute noch alles.

# Devisen-Kurse.

Berlin, 6. Dezember.

Alltliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	5. Dez.	6. Dez.
Amsterdam	100 fl.	8181.80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1678.80
Kristiania	100 Kr.	3321.66
Kopenhagen	100 Kr.	1405.85
Stockholm	100 Kr.	5519.45
Helsingfors	100 finn. Mk.	419.55
Rom	100 Lire	1008.95
London	1 £	986.55
New York	1 Doll.	235.76
Paris	100 Frs.	1728.25
Zürich	100 Frs.	4505.45
Madrid	100 Pesetas	3253.70
Wien	100 K.	7.48
Budapest	100 K.	29.47
Prag	100 K.	247.75

# Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffenname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Stk.

Angekommen am 5. Dezember.				
D.	Gefion	Uberg	Stockholm	2 1/2
D.	Gotum	Galet	Ödenfö	22
D.	Minna Horn	Abrecht	Göden	2
Angekommen am 6. Dezember.				
D.	Gems	Passarge	See	26

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisinn Lübeck und Neulichen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inseraten Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



Freistaat Lübeck

Dienstag, 6. Dezember.

Aus der Bürgerschaft.

Die neuen Männer. — Vorgeplänkel des reaktionären Stoßtrupps.

Der Beratungsausschuss der Lübschen Volksvertretung bot am Montag abend einen etwas kompakten Anblick. Die neuen Männer, dem Namen nach durch die Tageszeitungen, Flugblätter und stillen Anpreisungen ihrer Tugenden bekannt, füllten so gut wie vollständig die Reihen aus und auch auf den Tribünen gab es nicht viel Luft zu schnappen. Die Rechte des Hauses wurde ein klein wenig weiter auf die linke Seite gedrückt. Das Lübsche Parlament weist nämlich eine ungewöhnliche Abnormität auf. Die Rechten sitzen auf der rechten und die Linken auf der linken Seite. Die Entwicklung hat diesen Geburtsfehler aber korrigiert: seitdem das Volk die Stimme zum Recht gelangt ist, erklingt auch dessen Güte voller und so bestimmt das Volk mit Recht den rechten Weg. Die gepöbelte Lage der Sozialistengegner machte sich auch in der Stimmung kund und es schien, als ob auf manchem Antlitz der unartige Kandidatenstolz dunklen Vorahnungen gewichen wäre. Dies Bild ließ auch keine Reflexionserscheinungen durchkommen, obwohl der eine und andere sich im Bollgefühl der eigenen Persönlichkeit blühte und den Kneifer besonders kühn spiegelte. In interessanten, durchgeistigten Gesichtern ist uns bei den Gegnern nur einer aufgefallen, dessen Mund aber blieb stumm. Man sah einer aber lenkte kein gedankenschweres Haupt unter der bangen Frage: Was soll nun werden? Und es ward wie der erste Tag im Paradies.

Ein schlächter Mann mit sorgengefurchtem Gesicht, mit arbeitschweligen Händen, nahm den Präsidentenplatz ein, eröffnete als Alterspräsident die Sitzung. Sechs Dezennien lang schürfte er in harter Landarbeit; sorgte mit dafür, daß die leibliche Nahrung des Volkes feinste und sprichste. Heute erinnerte Genosse Wegner alle, für das Wohl des Heimatstaates einzutreten. Keine lange Rede, doch ehrliches Gewissen und rechtlicher Sinn ist deren Deutung, und viel mehr wert als die elegantesten Sätze aus geschliffenem Munde. Trete einer vor, der es besser macht: Arbeit für sich und die Seinen, Arbeit für das Gemeinwohl! Des Bürgers Pflicht, des Sozialdemokraten Selbstverständlichkeit.

Dann wurde das alte Präsidium wiedergewählt und Genosse E. Ehlers meisterte wiederum die Elemente. Diese tobten noch etwas wild. Sie dräuteten wie gewöhnlich aus jenen Richtungen, wo die natürlichen Hindernisse ausgerodet sind. Um die Kraft etwas stärker erscheinen zu lassen, hatten sie sich verbündet, dabei aber vergessen, daß ein Souffleur doch nicht zum Orkan auszuwachsen kann, eben weil Wind nun einmal nichts anderes als Wind und kein Sturm sein kann, aus Mangel an Kraft. Doch es pfliff nicht schlecht, der vereinigste Bürgerbund- und Hausbesitzerwind. Das sozialdemokratische Segel war jedoch auch gespannt und es kreuzte ganz famos mit der aufgegangenen Brise.

Die Schwadronneure der Rechtsparteien waren ja viel zu aufgeregert, um ihre verkehrte Fahrtrichtung zu erkennen. Glauben sie wirklich, mit einer Hege gegen Konsumvereine und Mieterschaft Eindruck zu hinterlassen? Ach nein, sie können höchstens ihre Sonderinteressen huldigenden Wähler verblüffen, können vorzeitig ihre Lunge auspusten und dann schwimmen sie, wie Genosse Göhr andeutete, unter Wasser. Dann hört kein Mensch mehr ihre Wehklagen. Die Herren von der parteilosen Arbeitsgemein-

schaft haben gleich am ersten Abend gezeigt, daß sie das sind, was wir immer gesagt haben: die reaktionärste Vereinigung, die auf Kosten ihrer irreführenden Wähler die Mohnentrommel schlagen. Die Rosenquist, Hestli, Dinter, Dietrich sind kleinbürgerliche Erscheinungen, sind Metteiferer geldschwerner Mittelstücker von Beruf. Wir wissen, der Hausbesitzer Hestli ist auf uns nicht gut zu sprechen, obwohl er früher behauptete, der Sozialdemokratie nahegestehen. Ihm ist es auch nicht recht, wenn kein Name in unserem Blatte erwähnt wird. Wer kann dafür! Nach seiner gestrigen Leistung werden wir ihn noch öfters durch die Feder streichen lassen. Zu unserem Vergnügen natürlich. Wer so durch den Saß rückt wie die Arbeitsgemeinschaft, der muß gewärtig sein, daß Mollkette hängen bleiben. Als eheliche Politiker klopfen wir sie ab. Ihr Freund Nehlsen, ein harmloser Sprecher, häupte sich selbst. Zu allem hin waren die Herren auf falscher Fährte. Sie glaubten in der Sozialdemokratie einen Helfer ihrer dunklen Absichten gegen das Arbeits- und Wohlfahrtsamt zu finden und wurden sich wohl nicht klar darüber, daß uns bei der Ablehnung des betr. Senatsantrages ganz andere Gründe leiteten als die Erfinde des Wohnungsamtes. Ein kommunistisches Bürgerchaftsmitglied gab übrigens dem vortretenden Pastor Zieseniß einen guten Stich in sein plattdeutsches Gemüt. Inhaltsreicher als die beste Predigt. Die parteilosen Arbeitsgemeinschaftler unter Führung des neuzugewählten Herrn Hestli taaten also kund und zu wissen, daß sie der Vortrupps der Sozialpartei und Deutschnationalen sind, die mit einer einzigen schlichten Ausnahme gar nicht nötig hatten, ihren Ruf zu öffnen. Warum sich erklären, wenn andere freiwillig aufs Glatteis gehen.

So ist denn die erste Sitzung mit einem blamablen Reinfall der Bürgerbündler und Grundbesitzer verlaufen. Bildlich gesprochen sind sie von der Sozialdemokratie über die Platte geworfen worden adäquat dem Hestli'schen Beispiel, und wenn die Herren sich einbilden, Bürgerchaftssitzungen zu Hausbesitzerversammlungen herabzugertzen, dann wird diese 10 Mann starke Fraktion bald als eine wilde Kolonie den verdienten Aufhängen.

Die nächste Bürgerchaftssitzung wird noch einige weitere Herren aus dem Winterschlaf wecken. Der Antrag des Genossen Dr. Leber enthält das nötige Entschlafungspulver.

Zur Lohnbewegung der Landarbeiter.

Wie kurz gemeldet, fand unter Vorsitz des Gewerkschaftssekretärs Ehlers im Hause der Landwirte in Kiel zwischen dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Verband der Provinz Schleswig-Holstein und dem Deutschen Landarbeiter-Verband eine Verhandlung wegen Gewährung einer Teuerungszulage statt. Die Organisationsleitung hatte eine 50prozentige Erhöhung sämtlicher Barilöhne gefordert.

Die Arbeitgeber waren eingangs der Verhandlung nur bereit die Freiarbeiterlöhne zu erhöhen, fast alle anderen Forderungen lehnten sie ab. Die Verhandlungen drohten deshalb mehrmals fast gänzlich zu scheitern. Der Lohnkommission gelang es aber schließlich doch, den Arbeitgebern Zugeständnisse abzurufen. Wenn auch die Arbeiter an ihren Forderungen manche Abstriche vornehmen mußten, so war jedoch, das Gesamtergebnat betrachtet, eine Ablehnung andererseits nicht möglich. Vor allen Dingen sind die bisher so außerordentlich niedrigen Löhne der Freiarbeiter um 50 Proz. erhöht worden. Alles Weitere ist aus der untenstehenden Aufstellung zu ersehen.

Zum Schluß wurde noch vereinbart, daß in den ersten Tagen im Monat Januar eine Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern beider Parteien, zusammenzutreten soll, um eventuell über weitere Lohn erhöhungen zu beraten.

Einigungsverbarung zu dem landwirtschaftlichen Arbeitstarifvertrag vom 21. April 1921.

Unter Aufhebung der Absätze 1, 2 und 3 des Tarifvertrages vom 1. August 1921 wird folgendes beschloffen: 1. Zu den ursprünglichen Lohnsätzen des Tarifvertrages vom 21. April 1921 erhalten ab 1. Dezember 1921 an Teuerungszulagen:

- 1. Deputatarbeiter (§§ 4 und 4 I) 0,50 Mtl. Ründlich, Gesamtbarlohn jetzt 2,00 Mtl.
2. Ständiger Freiarbeiter (§ 5, Ia) 2,25 Mtl. Ründlich, Gesamtbarlohn jetzt 5,25 Mtl.
3. Unständige Freiarbeiter (§ 5, Ib) 2,25 Mtl. Ründlich, Gesamtbarlohn jetzt 5,55 Mtl.
4. Verheiratete weibliche Arbeiter (§ 5, II) 0,90 Mtl. Ründlich, Gesamtbarlohn jetzt 2,40 Mtl.
5. Weibfrauen (§ 5, III) 2,50 Mtl. täglich, Gesamtbarlohn jetzt 6,50 Mtl.
6. Innerh. Ründliche Arbeiter und Arbeiterinnen (Jahreslöhner) (§ 5, IV) 50 Mtl. monatlich
7. Wochenlöhner usw. (§ 5, V) 0,30 Mtl. Ründlich, Gesamtbarlohn jetzt 1,50 Mtl., bei ununterbrochener 24jähriger Tätigkeit in demselben Betriebe 20 Pfg. mehr, also 1,70 Mtl.
8. Gutshandwerker (§ 5, VIIa) 0,10 Mtl. Ründlich, Gesamtzulage 0,30 Mtl.
9. Gutsgärtner (§ 5, VIIb) 0,10 Mtl. Ründlich, Gesamtzulage 0,30 Mtl.
10. Pferdepfleger ohne Kost (§ VIIc) 0,30 Mtl. täglich, Gesamtzulage 1,80 Mtl., Pferdepfleger mit Kost 0,20 Mtl. täglich, Gesamtzulage 1,20 Mtl., Pferdepfleger mit Futtermittel ohne Kost 0,30 Mtl., täglich, Gesamtzulage 1,80 Mtl., Pferdepfleger mit Futtermittel mit Kost 0,20 Mtl. täglich, Gesamtzulage 1,10 Mtl.
11. Der Beitrag zu § 5, Abs IV, 3 wird von 8 auf 12 Mtl. erhöht.

Landwirtschaftl. Arbeitgeber-Verband, Deutscher Landarb.-Verb. für die Provinz Schleswig-Holstein. Sam 6 in Kiel.

Der Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte

für 1920 liegt uns vor. Wir entnehmen ihm, daß das Kapitalvermögen der Anstalt am Schluß des Rechnungsjahres etwas höherwertig von rund 115,3 Millionen Mark aufwies gegenüber 116,5 Millionen Mark im Vorjahre (eingeschlossen ist der Wert der Grundstücke, Heilstätten usw.). Das Vermögen verminderte sich um 1,2 Millionen; Schuldverpflichtungen im Betrage von 28,6 Millionen gehen von dem Vermögen noch ab. Diese kolossale Kapitalsummlung ist eine Folge des gefehligen vorgekehrten Kapitaldeckungsverfahrens. Angelegt ist das Geld wie folgt: In Schuldbuchforderungen des Reiches, einzelner Staaten und Gemeinden ca. 88 Millionen Mark, 14,4 Millionen in Hypotheken, 9 Millionen sonstige Anleihen, 5 Millionen repräsentieren die einzelnen Verwaltungsgebäude und Heilstätten. — In Einnahmen erwähnen wir im runden Zahlen: Beiträge: 15,3 Millionen Mark, Zinsen: 4,7 Millionen Mark, an Ausgaben: Heilverfahren 4,4 Millionen, Pflegekosten für Kinder 2,2 Millionen, Waisenhauspflege 1,3 Millionen. Die Höhe der Ausgaben für Rente ist noch nicht von der Rechnungsstelle des Reichsversicherungsamtes festgestellt. — Anträge auf Gewährung von Altersrenten gingen im Berichtsjahre 1306 ein, der Bestand an Altersrenten betrug am Jahreschluß 7819; sie sind gegen das Vorjahr um 616 gestiegen. Der Bestand an Invaliden- und Krankenrenten liegt von 17223 auf 17928. — Interessanter als dem Jahresbericht, der viel Zahlenmaterial enthält, gestaltet sich der in einem Besonderen Bericht über die Heilbehandlung und Kinderfürsorge der Landesversicherungsanstalt. Die Anträge auf Heilbehandlung liegen gegen 1919 um 449 und zwar auf 5564, davon entfallen auf Hamburg 3701, Lübeck 283, Bremen 769, der Kostenaufwand hierfür stellt sich auf 2.862.000 Mark, von denen als Erstattungen von Krankenkassen usw. 382.060 Mtl. wieder heringebracht wurden. Aber nicht nur auf Duzententeile erstreckte sich die Heilbehandlung. So wurden unter andern 184 Geschlechtskranke mit einem Kostenaufwande von 22.200 Mtl. behandelt, für die Heilanstalt für Betriebslose in Hamburg wurden 162.046 Mtl. aufgewendet, für Zuschüsse zu künst-

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Sie sah ihn an wie ein in Todesangst Ringender der Ketter, von dem er kein ganzes Heil erwartet, und ein wonniges Gefühl der Macht schwellte die Brust des verachteten Jungen. „Was krieg ich, wenn ich's tu?“ rief er übermütig und packte sie an beiden Armen. „Wirst du dann den Peter stehen lassen und mich nehmen?“ „Wilde Verzweiflung lag über ihre Züge, vor 'Jorn übermannst, vergaß sie alle Klugheit. „Dummer Bub — so war's nicht gemeint!“ Sie schrie es fast und suchte sich von ihm loszumachen. Er spottete: „Nicht? warum gibst mir Küsse und nimmst mich Merkselbster? ... Soll ich statt eurer vor Gericht, damit der Peter dich nehmen kann? Das willst?“ „Das will ich!“ sprach sie fester; „das muß ich. Dummer Bub! ...“ Sie trat einen Schritt zurück und hob die gerungenen Hände: „Ich muß als Weib ins Bürgermeistershaus oder in den Brunnen.“ „Du mußt? — mußt? — mußt?“ ... Er hatte begriffen und schaute auf in qualvollem Entsetzen ... „Nichtsmöglichkeit!“ Ihre Augen schlossen sich, ein Tränenstrom rann über ihre Wangen. „Ich hab geglaubt, daß du mich lieb hast und mit mir gehen willst!“ sprach sie mit weicher Stimme, „aber du willst nicht.“ Sie schweig. Ihm raubten Grimm und Schmerz den Atem. Eine Weile standen sie wortlos vor einander; er, im Begriff auf sie loszusträzen, um sie zu erwürgen, sie auf das schlimmste gefaßt und sich dazwischen ergebend. „Wirst du?“ begann er endlich, und sie, bei diesem Ton, so hoch er auch klang, sie fachte wieder Hoffnung. „Was — guter, guter Pave!“ „Nichtsmöglichkeit!“ wiederholte er mit zusammengeklappten Händen. Sie mußte sich vor neuem, vor ihm niederwerfen, da hob er sie in seinen Armen auf, trug sie zur Tür und ließ sie hinaus. Noch einmal wendete sie sich vernichtet, zerstückelt: „Was wirst du sagen vor Gericht?“ „Ich werd schon sehen, was ich sagen werd.“ antwortete er. „Wah.“ Sie gehorchte.

ihn geweckt habe ... Wie er aufgesprungen, zum Vater gestürzt, ihn schon in den letzten Zügen gefunden und den Knecht nach dem Freier und die Waga nach dem Doktor geküßt ... Und wie beide so spät gekommen ... Und wie der Doktor, da er nach der Hand des Toten griff, die zur Faust geballte Hand fast gewaltig hatte öffnen müssen, um ihr ein halb geleertes Fläschchen entnehmen zu können, das die Finger, im Todesstampf erstickt, noch festhielten. Die Zuhörer drückten ihre Teilnahme durch Seufzen und Klagen aus, und Peter rief laut: „Der Pave hat's auch, und wie er schon ist, sagt nichts — Herrgott im Himmel ruft der Pave: Ist ihm kein Weiden so viel geworden? Ist er in Todlinde gestorben? Er ist an einer Verblutung gestorben, sagt der Doktor, und das Fläschchen führt er an die Nase: und das ist Kamillengeist!“ sagt er. „Wer's glaubt,“ fiel ein altes Weib dem Peter in die Rede, und er schlugte auf. „Wer's glaubt, das hab ich auch gesagt!“ Gift hat mein Vater bekommen, ich hab' am Abend einen Kerl aus dem Garten schleichend leben, und ich glaub', ich kenn ihn, sag ich, reiß die Waga her und gib ihr eine und sag: Wer war gestern am Abend im Zimmer bei meinem Vater? — Der Pave, plattst ich heraus und fällt auf die Knie. Guet Vater hat befohlen, daß man ihn hereinlassen soll ... Schlag mich tot, aber darauf schwör ich! Guet Vater hat befohlen, daß man ihn hereinlassen soll, ich sag, wie's ist, und weiter weiß ich nichts.“ Bei dieser Stelle seiner Erzählung brach Peter regelmäßig in ein rasendes Weinen aus. Er warf sich über die Leiche seines Vaters, und der rohe harte Busche wimmerie wie ein Kind. „Schon lange ist mir meine Mutter gestorben, und jetzt hab ich auch keinen Vater mehr. Eine Waise bin ich und ganz verlassen!“ Im Publikum, das mit Spannung den Ausbrüchen seines aufrichtigen Schmerzes lauschte, erhoben sich anfangende Stimmen gegen Pave. Der schlechte Bub hat die Hand im Spiel bei dem Unglück mit dem Bürgermeister. Dem schlechten Bubem, der vernünftig lieber auf der kalten Haut liegt als arbeitet, ist der Dienst beim Hirten zu schwer gewesen. Er hat fort gewollt, aber nicht dürfen ohne Erlaubnis des Bürgermeisters, und weil der unerbittlich geblieben ist und die Erlaubnis nicht gegeben hat, so oft der Bub sie auch von ihm verlangt, so hat der schlechte Bub sich jetzt gerächt und den Bürgermeister aus der Welt geschafft. Die Legende war bald fertig, verbreitete sich rasch im Dorfe, fand Glauben und schaffte die Leute auf zur Entfaltung einer ungemahnten Energie. Die ihres Oberhauptes beraubte Ortsbehörde erkrankte einen Boten nach dem Bezirksamt, um für alle Fälle den Gendarmen zu holen, während einige Helfsporne nach der Schute liefen, um — auch für alle Fälle — den Gistritzer durchzuführen. Inzwischen fanden sie das Haus verperrt. Der Leher hatte, gleich nachdem das für Pave so bedrohliche Gerücht zu ihm gedrungen, ein Verhör mit dem Buschen angestellt, ihn

dann in die Schulküche eingeschlossen und sich zum Doktor begeben. Bei dem waren bereits der Herr Pave, der Peter, Anton der Schmied und einige Bauern versammelt. Der Pave lag in dem großen schwarzen Lehnstuhl in einer Ecke des Fensters; in der andern, die Hände auf dem Rücken, hielt sich der Doktor. Den beiden Honoratioren gegenüber standen, einen regelmäßigen Halbkreis bildend, die Bauern. „Ach, da kommt ja der Herr Pave“, sprach der Pave mit jener leisen, etwas heiseren Stimme. „Sie werden wohl schon wissen, um was es sich handelt“, bemerkte der Doktor, um dessen bläuliche Lippen ein kaum wahrnehmbares Lächeln spielte. Peter rief: „Der Pave hat meinen Vater vergiftet!“ „Weiß man noch nicht?“ murrte Anton. „Und muß ins Kriminal“, fuhr Peter fort, und Anton wiederholte: „Weiß man noch nicht?“ worauf Peter den Trampf legte: „Ich hab nicht ab, er muß ins Kriminal.“ „Vorläufig“, sagte Habrecht, „habe ich ihn in die Schulküche eingeschlossen.“ Der Pave rief: „So glauben auch Sie? ...“ Er hielt fast erschrocken inne, wie jemand, der sich verknippt hat, und dem das sehr unangenehm ist. Habrecht bemerkte es und hielt sich khabenstroh an das bedeutungsvolle Wort in dem überleit ausgeprochenen Satz. „Auch?“ wiederholte er nachdrücklich, „nämlich wie Guet Hochwürden?“ Eine leichte Rute erschien auf den eingefallenen Wangen des Priesters. „Ich dachte an die vor popul.“ sagte er. „Ja ja — die einstellige vor Dei.“ Nun öffnete sich die Tür, ein großer, vom Alter schon gebeugter Mann mit graubemem Haar und piegelrotem Gesicht, der Bierliebhaber Barock trat ein. Er ging auf den Pave zu, küßte ihm die Hand und meldete, der Gendarm komme schon. „Was soll der Gendarm?“ fuhr Habrecht ihn an, und Barock richtete seine starrten, immer erkrankten, immer um Verzweiflung bittenden Brauntweintrüben demütig auf den Pave und antwortete: „Den Ruben aufs Bezirksgericht führen.“ „Was soll der Bub auf dem Bezirksgericht?“ „Gestehen.“ „Was denn?“ „Daß er dem Bürgermeister etwas gebracht hat.“ „Das gesteht er ja ohnehin.“ „So?“ sprach der Pave, „das hat er Ihnen gebunden?“ „Er würde es auch Ihnen gestehen.“ „Da müste ich doch begierig, Herr Pave. Da müste ich Sie doch bitten, lassen Sie ihn ruhen, haben Sie die Güte.“ „Ich geh um ihn!“ schrie Peter und wollte schon davonlaufen, Anton hielt ihn fest.

Im Bürgermeistershause herrschten Verwirrung und Schrecken. Zum zehnten Male erzählte Peter den Neugierigen, die in die Stuben hereindrangen, wie er noch vor Mitternacht mit seinem Vater gesprochen und dann in die Kammer nebenan schlafen gegangen sei und wie ein paar Stunden später ein Mädchen

Anton hielt ihn fest. (Fortsetzung folgt)

